

WHO: Die EDU scheitert erneut

Gesundheit Bereits vor vier Monaten wollte die EDU-Fraktion den Grossen Rat überzeugen, mittels einer Standesinitiative an den Bundesrat zu gelangen, um die Macht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu begrenzen. Nachdem sie damals gescheitert war, versuchte sie es am Mittwoch mit der Unterstützung von je zwei Mitunterzeichnenden von SVP und Grünen mit einer dringlichen Motion – und scheiterte erneut.

Inhaltlich geht es um die Anpassung der internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV). Nach den Worten von EDU-Kantonsrat Iwan Wüst (Tuttwil) sei zu befürchten, dass die WHO basierend auf den vorgeschlagenen IGV-Anpassungen «wesentliche Grundpfeiler der verfassungsmässigen Grundordnung der Schweiz dauerhaft und eigenmächtig ausser Kraft setzen kann». Deshalb soll der Bundesrat mittels einer Standesinitiative dazu aufgefordert werden, dem Generalsekretariat der WHO den Abbruch der Verhandlungen zu verkünden.

Ausserhalb der Fraktionen von EDU und SVP mochten sich für dieses Anliegen nur wenige erwärmen. Vielmehr wurde den Vorstössern erklärt, sie hätten sowohl das falsche Instrument als auch die falsche Bühne für ihr Anliegen gewählt, weshalb das Vorgehen auch als Zwängelei empfunden werde. Mit 28 Ja zu 90 Nein bei zwei Enthaltungen wurde die Dringlicherklärung der Motion deutlich abgewiesen. (hs)

Gsaat isch gsaat

«Die Kantonsräte sind die Milchkühe des Kantons, sie leisten viel und kosten wenig.»

Kantonsrat Jürg Wiesli (SVP, Dozwil) an die Adresse von Parteikollege Vico Zahnd, der eine Erhöhung der Entschädigung für Grossratsmitglieder für überflüssig hält.

«Die von oben haben es befohlen.»

Iwan Wüst (EDU, Tuttwil) zur WHO-Abstimmung. Da Kantonsrat Wüst im Plural spricht, ist anzunehmen, dass die EDU dort oben nun plötzlich mehr als einen Gott vermutet.

«Jährlich grüsst das Schwurbeltier.»

SP-Kantonsrat Christian Koch (Matzingen) an die Adresse der WHO-Gegner. Dieser Film müsste allerdings erst noch gedreht werden.

«Der einzige sinnvolle Antrag heute wäre, das Sitzungsgeld von Vico Zahnd zu streichen.»

GLP-Kantonsrat Ueli Fisch (Ottenberg) will auch bei der Sitzungsentschädigung im Grossen Rat das Verursacherprinzip walten lassen.

«Ich wollte nur den Beweis antreten, dass ich geistig anwesend bin.»

Wie hätten wir nur eine Sekunde daran zweifeln können, Kantonsrat Anders Stokholm (FDP, Frauenfeld). (hs, ck)

Mehr Geld für Parlamentarier

Grosser Rat: Die Parlamentsarbeit wird besser entschädigt – Widerstand von SVP und EDU.

Christian Kamm

Nein, der Kanton wird deswegen nicht untergehen. Mit 250 000 Franken jährlich wird wegen der parlamentarischen Lohnaufbesserung die Kantonskasse künftig mehr belastet. Ein Klacks, wenn man die Beträge betrachtet, mit denen Regierung und Parlament sonst zu tun haben. Doch die bevorstehenden Wahlen und dass aufgrund der Finanzlage überall gespart werden muss, öffneten einer Emotionalisierung der ersten Anpassung der Parlamentarierbezüge seit 16 Jahren Tür und Tor.

Das Grossratsmandat sei für ihn ein Ehrenamt mit Verpflichtung, sagte SVP-Kantonsrat Hans Eschenmoser (Weinfelden): «Für die Ehre brauche ich nichts, für die Verpflichtung erhalte ich ja ein paar Franken.» Ganz anders die Lagebeurteilung von Fraktionskollege Jürg Wiesli (Dozwil): Ein Thurgauer Kantonsrat erhalte durchschnittlich 8600 Franken Entschädigung pro Jahr – und das für einen 30-Prozent-Job, wenn man ihn ernst nehme. Daraus resultiere ein Stundenlohn von nur 10.80 Franken.

Frontalattacke scheitert

Schon bei der Eintretensdebatte gingen die Gegner in die Offensive. Beziehungsweise setzten ihren Angriff mit dem bereits an der vorangegangenen Sitzung lancierten Nichteintretensantrag von Vico Zahnd (SVP, Weingarten) fort. Wegen der angespannten finanziellen Situation sei das definitiv der falsche Zeitpunkt, um die eigene Entschädigung zu erhöhen, argumentierte Aline Indergand (Altnau) namens einer Mehrheit der SVP. Alle anderen Fraktionen, die sich äusserten, hielten dagegen.



Wollte die Lohnerhöhung für die Parlamentsmitglieder ganz versenken: SVP-Kantonsrat Vico Zahnd.

Bild: Andrea Tina Stalder

Sie betonten den moderaten Charakter der Erhöhung. Die Entschädigung für eine halbtägige Sitzung wird von 150 auf 200 Franken erhöht, für eine ganztägige von 250 auf 400 Franken. Zudem erhalten die Fraktionen neu 7000 statt 5000 Franken pro Jahr. «Das ist nicht nichts, aber es wird auch nicht übers Ziel hinausgeschossen», sagte etwa Mitte/EVP-Sprecher Beda Stähelin (Frauenfeld).

Ist der Grosse Rat nur ein Hobby?

Zu intensiven verbalen Scharmützeln kam es in der Folge um den Begriff «Hobby», den Vico Zahnd vor zwei Wochen im Zusammenhang mit dem Grossen Rat ins Spiel gebracht hatte («entschädigtes Hobby»). Ein Sitz im Kantonsparlament sei kein lapidares Hobby, sondern

eine ernst zu nehmende Tätigkeit zuhanden der Öffentlichkeit, kritisierte Barbara Dätwyler (SP, Frauenfeld). Für Ueli Fisch (GLP, Ottenberg) «wird unsere Tätigkeit damit ins Lächerliche gezogen». Auch er habe sein Amt immer sehr ernst genommen, wehrte sich Zahnd. «Mit 1000 Franken mehr soll mehr Wertschätzung erkennbar sein? Das glauben Sie doch selbst nicht.» Eintreten wurde in der Folge aber klar beschlossen (88 Ja, 30 Nein).

Einmal für weniger

Und dann begann das grosse Feilschen. Den Auftakt machte EDU-Kantonsrat Marcel Wittwer (Schocherswil) mit dem Antrag, die Erhöhung der Ansätze zu kürzen – 180 Franken für eine halbtägige und 300 für eine

ganztägige Sitzung. Damit werde die Teuerung seit 2000 immer noch aufgefangen. «Wer gut verdienen will, muss sich eben eine andere Beschäftigung suchen.» Mit einer knappen SVP-Mehrheit im Rücken unterstützte Aline Indergand den Antrag. Auch sonst blieben die Rollenverteilung und die Argumentation dieselben. Alle anderen Fraktionen votierten für den Kommissionsvorschlag. Das spiegelte sich auch im Abstimmungsergebnis, das mit umgekehrten Vorzeichen fast identisch ausfiel: 28 Ja, 83 Nein.

Und einmal für mehr

Schon folgte die nächste Offensive – diesmal jedoch in die andere Richtung. Nun sollte noch mehr erhöht werden. Brigitta Engeli (Grüne, Kreuzlingen) for-

derte jetzt die Einführung einer pauschalen Aufwandsentschädigung für jedes Parlamentsmitglied von 1500 Franken pro Jahr. Zweck: «Stärkung der Demokratie». Wenn nur noch Gutverdienende es sich leisten könnten, im Grossen Rat zu sitzen, sei das ein schlechtes Zeichen.

Kommissionspräsident Norbert Senn (Mitte, Romanshorn) verwies auf Mehrkosten von rund 200 000 Franken. Ratssekretär Bruno Lüscher (FDP, Aadorf) appellierte, das «Boot nicht zu überfüllen». Der Antrag scheiterte (83 Nein, 27 Ja). Ebenso der Vorschlag Eschenmosers, die Inkraftsetzung der Erhöhung auf den 1. Januar 2027 hinauszuschieben. Denn: «Das ist die zahmste Art, noch etwas für mein Gewissen zu tun.» (87 Nein, 24 Ja.)

Klimakommission wird nicht abgeschafft

Grosser Rat hält an seinem Entschluss fest, eine Ständige Kommission für Klima, Energie und Umwelt einzusetzen.

Hans Suter

Am Mittwoch setzte der Thurgauer Grosse Rat die Beratung zur Änderung der Geschäftsordnung des Kantonsparlaments fort. Aus zeitlichen Gründen konnte das Geschäft vor zwei Wochen in erster Lesung nicht ganz durchberaten werden. Es kam erneut zu mehreren Anträgen, die jedoch allesamt verworfen wurden. Am Ende setzte sich die Kommissionsfassung durch.

Die Klimakommission wird nicht kompostiert

Bereits in der vorberatenen Kommission nahm eine Grundsatzdiskussion zum gesamten Kommissionssystem einen grösseren Zeitraum in Anspruch. Das übertrug sich auch auf die Debatte im Parlament. In der Kommission wie im Grossen Rat herrscht indes Konsens, dass ständige Kommissionen künftig generell fünfzehn Mitglieder

umfassen sollen. Ausnahmen bilden die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission mit 21 Mitgliedern und die Redaktionskommission mit neun Mitgliedern. Kantonsrätin Karin Bétrisey (Grüne, Kesswil) stellte den

Antrag, dass künftig auch Spezialkommissionen generell fünfzehn statt wie bisher zwischen neun und fünfzehn Mitglieder umfassen sollen. Mit 16 Ja zu 101 Nein bei 2 Enthaltungen wurde dieser aber klar abgelehnt. So-

mit kann das Ratsbüro weiterhin von Fall zu Fall über die Grösse einer Spezialkommission entscheiden.

Erfolglos blieb auch der Antrag von Kantonsrat Vico Zahnd (SVP, Weingarten), die Kommission für Klima, Energie und Umwelt wieder abzuschaffen. Josef Gemperle (Mitte, Fischingen) entgegnete Zahnd: «Wer klare Entscheide will, sollte klar gefällte Entscheide nicht erneut infrage stellen.» Das Kantonsparlament lehnte den Antrag mit 44 Ja zu 73 Nein bei 2 Enthaltungen deutlich ab.

Keine Stellvertretung in den Kommissionen

Die Kommissionen gaben auch in anderer Hinsicht zu reden. «Kleine Fraktionen sind in Spezialkommissionen nur mit einem Mitglied vertreten. Fällt dieses aus, kann dies das Ergebnis in der Kommission beeinflussen», gab Karin Bétrisey zu

bedenken. Deshalb stellte sie den Antrag, dass bei der Bestellung von Kommissionen jeweils ein Ersatzmitglied pro Fraktion gewählt wird. Die SP-Fraktion unterstützte dieses Ansinnen. Kantonsrätin Barbara Dätwyler (SP, Frauenfeld) bezeichnete die Kommissionsarbeit als «wichtigsten Moment, politische Sichtweisen darzustellen». Kantonsrat Bruno Lüscher (FDP, Aadorf) gab als Ratssekretär zu bedenken: «Eine Stellvertretung kann die Kommissionsarbeit auch behindern.»

Der Grosse Rat lehnte den Antrag schliesslich mit 29 Ja zu 89 Nein bei 1 Enthaltung deutlich ab.

Karin Bétrisey scheiterte auch mit ihrem Antrag, das parlamentarische Instrument der Einfachen Anfragen auf sieben statt wie von der Kommission vorgeschlagen auf fünf Fragen zu beschränken (25 Ja zu 87 Nein).



Der Grosse Rat tagte am Mittwoch letztmals im Rathaus Weinfelden. Er kehrt erst zur Wega-Sitzung Ende September hierher zurück.

Bild: Andrea Tina Stalder